

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
„Tagblatthaus“
Schulden-Gasse öffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Verlagsdirektor: Frankfurt a. M. Nr. 1406.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:
„Tagblatthaus“ Nr. 6650-12.
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Verlagsdirektor: Frankfurt a. M. Nr. 1406.

Verlags-Preis für beide Ausgaben: 12. — monatlich, 36. — vierteljährlich durch den Verlag
Frankfurt a. M. 21, ohne Frachtposten. — Bezugs-Einstellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden
die Verlags-Vertriebsstelle 12, sowie die Hauptvertriebsstellen in allen Teilen der Stadt; in Siegburg:
die dortigen Hauptvertriebsstellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die
betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 70 Hfr. für ständige Anzeigen; 12. — für ausserordentliche Anzeigen; 12. —
für ständige Anzeigen; 12. — für ausserordentliche Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme un-
veränderter Anzeigen entsprechende Nachzahlung. — Anzeigen-Entwurf. Für beide Ausgaben bis 10 Uhr
vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird
keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 50, Hamburgerstraße 3, IV. Fernsprecher: Amt Rollendorf 4747-49.

Samstag, 3. Januar 1920.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 3. • 68. Jahrgang.

160 Minister, 5000 Parlamentarier.

In einem Weihnachtsaufsatz hat der Reichsminister des Innern Dr. Koch eine kleine, aber scharfe Spitze angebracht. Er hat darauf hingewiesen, daß das deutsche Volk heute von 160 Ministern und 5000 Parlamentariern regiert und ver-
waltet wird. Zwischen den Zeilen war seine Meinung her-
auszulesen, daß das eigentlich ein Luxus sei, den wir uns
kaum erlauben können. Die Frage wird über kurz oder lang
doch einmal bei den Wählern angefaßt werden müssen. Es
wird sich dabei ergeben, daß Deutschland wirklich beinahe
am kostspieligsten regiert wird. Das ist die Ver-
gleicherstellung des bundesstaatlichen Systems. Man wird
gerade nicht blind gegenüber seinen Vorzügen sein dürfen.
Dadurch, daß die Regierungsgewalt auf viele kleine Zen-
tren verteilt waren, war eine viel intensivere Fürsorge
für die regierten Bevölkerungsteile möglich. Es gibt in
Deutschland keine „tote“ Provinz. Die Pflege von Wissen-
schaft und Kunst, die Deutschland so hoch gebracht hat, wäre
nicht denkbar gewesen, wenn nicht jeder Bundesstaat seinen
Ehrgeiz darin gesucht hätte, seine eigenen Universitäten,
Hochschulen, Hochschulen usw. zu unterhalten.

Verwaltungsmaßnahme war das System schon früher un-
rationell, und es ist heute das um so mehr, je höher die Ge-
hälter für die oberen und niederen Beamten steigen und je
tiefer die Steuerkraft der Bevölkerung sinkt. Nachdem das
Steuerwesen im großen und ganzen in die Hand des Reiches
übergegangen ist, hat dieses auch zuerst die ungeheuren Ver-
luste der nationalen Einnahmen empfunden, die durch die
vielen kostspieligen bundesstaatlichen Einzelregierungen ent-
stehen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß schon heute viele
Stellen in den bundesstaatlichen Einzelregierungen ziemlich
überflüssig sind. Es darf vielleicht vermutet werden,
daß sogar in Berlin in den preussischen Ministerien Minister
und Geheimräte oft die Hände in den Schoß legen und fragen,
ob sie keine Arbeit mehr ausüben können und nur noch
Bürokraten der Reichsminister sind. Man wird sich daran
erinnern, daß der preussische Minister des Innern Dr. Loh-
mann schon einmal darüber eine bewegliche Klage ge-
stellt hat. So ist es aber nicht bloß in Berlin. Ähnliche
Einsparungen hat man auch in Dresden, München, Karls-
ruhe und anderen „Mitgliedern“. Die Klagen sind, das darf
ruhig ausgesprochen werden, nicht immer von reinen per-
sönlichen Interessen frei. Die neuen Reichshäuser legen auf
ihre Unentbehrlichkeit zuviel ein gewichtiges Gewicht, als den
realen Verhältnissen entsprechen dürfte. Ähnlich liegen die
Verhältnisse in den bundesstaatlichen Parlamenten, die
geradezu ein preussisches Vorbild darstellen. Denn vielfach
sind die wichtigsten Parteiführer zugleich Mitglieder der Par-
lamente ihrer Bundesstaaten und der Nationalversammlung.
Und sie werden von der Nationalversammlung so in Anspruch
genommen, daß sie in den Landesparlamenten gar nicht erst
richtig zur Arbeit kommen. Die ganze Wirksamkeit, die für
sie geleistet wurde, war eigentlich für die Nation. Und trotz der
Verichte der Landesparlamente verfolgt, dem man es auch
nicht entziehen darf, daß in ihnen das beste freie Streben noch ein-
mal durchgedreht wird, daß schon die Nationalversamm-
lung bis zum Überdruß durchlaufen hat. Eine derartige
politische Festsetzung ist in den Zeiten, in denen die
ökonomische Lage angebracht wäre, nicht auf die Dauer nicht
lange ertragbar sein.

Die Zustände werden von selber in immer größerem
Maße zur Vereinfachung der Regierungs-
gewalt und der parlamentarischen Organe führen. Das
Problem ist nun, wie wir diese politische Ökonomie ver-
wirklichen, ohne das mühseligen selbständigen politischen und
kulturellen Leben der Bundesstaaten zu zerstören. 160 Minister
und 5000 Parlamentarier sind für einen vereinten Staat zu
viel und die Stabilität der nächsten Zeit wird sein, wie
vielleicht wie ihre Zahl, ohne die Lebenskraft der Nation
und ihrer Teile selber zu verringern.

Vor dem Frieden.

Die Absendung der deutschen Note.

Dr. Berlin, 2. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Die
deutsche Note an die Entente ist soeben nach Paris
weiter geleitet worden. Man hofft, daß durch ihr Ein-
treffen die Verhandlungen zur Unterzeichnung des
Protokolls beendet werden.

Die letzten Beratungsfragen.

Dr. Berlin, 2. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Die vor-
ausichtliche Verzögerung der Ratifizierung des
Friedensvertrages erklärt sich daraus, daß die Verhand-
lungen über die Regelung der Rechtspflege
in den Abhängigkeitsgebieten während der
Übergangszeit längere Zeit in Anspruch nehmen. Die
Verhandlungen nehmen im übrigen einen rein sach-
lichen Verlauf. Die Gefangenen von Scapa-
Flow werden, sobald das Schutzprotokoll unterzeich-
net wird, freigelassen. Ihr Verhalten wird also nicht
als Pflichtvergehen angesehen werden.

Der „Tempo“ über die deutsche Gerichtsbarkeit in den
Abhängigkeitsgebieten.

Dr. Berlin, 1. Jan. Der „Tempo“ meldet: Die Vertreter
Deutschlands haben sich auf eine Bestimmung des Friedens-
vertrages geeinigt, die deutsche Gerichtsbarkeit in den einen
Volksbestimmungen unterworfenen Zonen in Kraft zu lassen
bis zu dem Augenblick, da die Volksbestimmungen feststehen
habe. Die Vertreter Deutschlands erklären, daß diese
Volksbestimmungsgebiete also der deutschen Jurisdiktion

unterworfen bleiben müßten. Es würde sich im besonderen
dabei ergeben, daß die dort wohnenden Personen wegen
Landesverrats vor das Reichsgericht in Leipzig gestellt wer-
den könnten. Dr. aber, meint das Blatt, wäre unvereinbar
mit einer solchen Vorbereitung der Volksbestimmung. Die
Alliierten würden eine widerrechtliche Auslegung der deut-
schen Vertreter natürlich nicht zulassen. Die deutschen Ver-
treter hätten sich aber vorbehalten, wenn sie es für nützlich
hielten, die Ansicht ihrer Regierung, ja sogar die
Ansicht der deutschen Nationalversammlung zu hören.

Sicherheitspolizei und Einwohnerwehren.

Dr. Berlin, 2. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Die Frage des
Weiterbestehens der staatlichen Sicherheitspolizei, deren Ab-
schaffung die Entente verlangt hatte, dürfte in aller Kürze noch
einmal Gegenstand einer näheren Aussprache zwischen
Deutschland und der Entente werden. Es scheint sich dabei
eine Lösung zu finden, nach der die Art der Bewaff-
nung der Sicherheitspolizei grundsätzlich geregelt wird,
so daß ihr Weiterbestehen dadurch nicht mehr ernsthaft in
Frage gestellt ist. Dagegen scheint die Auflösung der
Einwohnerwehren und des freiwilligen Systems
gefordert zu werden, so daß mit ihrem Weiterbestehen
kaum noch zu rechnen ist.

4 Milliarden Dollar für Europa.

Dr. Basel, 2. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Aus
Washington wird gemeldet: Das amerikanische Natio-
nalkomitee für europäische Finanzierungen ist damit
beschäftigt, ein Anleiheprojekt von mindestens
zwei Milliarden und gegebenenfalls auch von vier Mil-
liarden Dollar auszuarbeiten, um Kredite an die
europäischen Länder zur Erleichterung des amerika-
nischen Exporthandels gewähren zu können.

Heimkehr aus Japan.

W. T. B. Berlin, 2. Jan. (Drahtbericht.) Nach einer
von der Schweizerischen Gesandtschaft in Tokio eingegangenen
Mitteilung hat der erste Heimkehrertransport der Kriegs-
gefangenen aus Japan am 28. Dezember auf dem Dampfer
„Mitsubishi“ von Yokohama abgegangen. In Bord befinden sich 43 Offi-
ziere, 72 Vortruppunteroffiziere und 828 Unteroffiziere und
Mundkoster, insgesamt 941 Mann. Der Transport, dessen
Führer Kapitän J. S. Vollerich ist, umfaßt die Mehrzahl der
Kriegsgefangenen aus den Lagern von Karafuto und Kono-
gawa, darunter die österreichisch-ungarischen Kriegsge-
fangenen. Die Reise, auf der Tsingtau, Singapur, Sabang
und Port Said angelaufen werden soll, wird ungefähr
60 Tage dauern.

Tschecho-slowakische Politik.

Dr. Prag, 2. Jan. (Drahtbericht.) Dr. Masaryk schreibt
in der „Moravská“ gegen die Annäherung an
Berlin und Wien für die Annäherung des alten slawi-
schen Ideals: Es wäre nicht zu vergessen, sagt Dr. Masaryk, daß
jede alte große Annäherung an die Deutschen von Frankreich
entfernt. Einige politische Kreise Frankreichs würden uns
allerdings gern in einem Bündnis mit Wien sehen. Wir müssen
aber noch wie vor jeden deutschen Gedanken ab-
lehnen. Außerdem ist es notwendig zu glauben, daß die Deut-
schen sich mit der Niederlage abfinden werden. Sie werden
immer werden und hoffen, bis für das Deutschland der Tag
der Vergeltung kommt. Man beginnt bereits in Frankreich
einzusehen, daß der einzige Schutz einer deutschen Revanche
ein kraftvolles Rußland wäre. Das herrschaftliche
Rußland des Imperialismus ist abgetan. Nur durch freie
Entwicklung der Nationalitäten wird das neue Rußland zur
unseren Freiheit gelangen. In dieser neuen inneren Politik
wird auch das Ideal der äußeren Politik liegen,
nämlich der Schutz aller seiner slawischen Stammesbrüder
zu sein und mit ihnen ein unlösbares politisches Bündnis zu
bilden, durch das der Friede und die freie Entwicklung aller
übrigen Völker gesichert wird.

Die Lage in Ungarn.

Dr. Budapest, 2. Jan. (Drahtbericht.) Ministerpräsident
Gusztav führte in seiner Antwortrede auf die Reichstags-
plaudereien der christlichen Partei aus, daß das Land durch
die zwei Revolutionen und die rumänische Besetzung voll-
kommen zugrunde gerichtet worden sei. Der
Volkskern habe die Pressefreiheit gemordet, das Ver-
sammlungswort aufgehoben und die ersten Männer des
Landes durch die Fäustlinge des Auslandes für diese
Verbrechen nicht irre leiten lassen. Keiner werde dem gefeh-
lenden Richter entzogen, ob nun „Hilfskräfte“ telegraphiere
oder irgend eine andere europäische Macht interveniere.

Das Schicksal der Türkei.

Dr. Paris, 2. Jan. (Drahtbericht.) „Petit Parisien“ bringt
eine Nachricht der „Wall Wall Gazette“, wonach folgende
Lösung der Frage von Konstantinopel den Sitz abzutragen
würde. Konstantinopel und die Meerengen wür-
den internationalisiert und Frankreich und England
würden dort gemeinsam eine Vormachtstellung ausüben. Der
neue Sitz der türkischen Regierung befände sich in Kleinasien.
Der Sultan würde als Oberhaupt der Türkei in religiöser
Beziehung anerkannt und Konstantinopel bliebe in gleicher
Hinsicht die Hauptstadt des Islam. Die „Wall Wall Gazette“
fügt hinzu, Mead George werde sich mit einem sehr be-
stimmten Plan nach Paris begeben, mit dessen Annahme
durch die Konferenz sich zu rechnen sei.

Deutschland.

Gemeinsame Besprechungen der Gliedstaaten.

Dr. Stuttgart, 1. Jan. Wie das Südd. Corr.-B. hört,
werden der Reichswirtschaftsminister und die Vertreter der
größeren Gliedstaaten vom 6. Januar ab mit der württem-
bergischen Regierung in Stuttgart Besprechungen abhalten
über die Lage und die in nächster Zeit auf dem Gebiete
des Ernährungswesens und der Ein- und Ausfuhr
zu ergreifenden Maßnahmen. Im Anschluß daran werden
die Vertreter der Gliedstaaten in Stuttgart auch die Auf-
hebung der selbständigen Gesandtschaften
innerhalb des Reiches erörtern. Am 10. Januar ist der Be-
such des Reichsverkehrsministers in Sachen des Rhein-Redar-
Donau-Kanals hier erwartbar.

Ein Reichsamt für kaiserliche Beratung.

Dr. Berlin, 31. Dez. Die Reichsregierung hat im Reichs-
ministerium des Innern ein Amt für kaiserliche Beratung
des Reiches geschaffen und es Dr. Edwin Redlob, dem
neueren Direktor der Staatssammlungen von Wür-
temberg übertragen. Die Geschäftsleitung des Reichs wird
der Reichsamt Otto Sauer übertragen.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Ostpreußen.

W. T. B. Berlin, 2. Jan. (Drahtbericht.) Das preussische
Staatsministerium hat in seiner heutigen Sitzung den durch
Verordnung vom 4. März verhängten Belagerungszustand
über die Kreise Allenstein (Stadt und Land), Osterode,
Neidenburg, Ortelsburg, Johannisburg, Rast, Löben und
Senftenburg aufgehoben. Als Zeitpunkt der Aufhebung gilt der
2. Januar.

Die Übergabe Brombergs an Polen.

Dr. Berlin, 2. Jan. Der „L.-A.“ meldet aus Thorn:
Nach der „Bromberger Ostpreussischen Rundschau“ dürfte die
Übergabe Brombergs an das polnische Staatswesen voraus-
sichtlich am 17. oder 18. Januar erfolgen.

Ein Schritt Scheidemanns.

Dr. Berlin, 1. Jan. Unter der Überschrift „Ein Schritt
Scheidemanns“ meldet der „Vorwärts“, daß Scheidemann
nicht ein Verfahren gegen sich, sondern gegen den gegen-
wärtig im Ausland befindlichen Sonnenfeld, der seiner-
zeit den Fall Esch-Palais aufstellte, beantragt hat, um
diesem Gelegenheit zu geben, seine Verhaftung unter die an-
gegebene Fälschung einer Verhaftung zur Ermordung Rich-
tards und Rosa Luxemburgs vor Gericht zu beweisen.

Kleine politische Nachrichten.

„Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm, der frühere
deutsche Staatskaiser in Göttingen fürst Wedel ist
gestern im Alter von 77 Jahren in Stockholm gestorben.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht ein Gesetz gegen
das Glücksspiel, eine Verordnung über die Abklärung von
Ansprüchen gegen das Reich, eine Bekanntmachung über den
Verkehr mit Zündwaren und Dampfpapier, über die Aufhebung
der Reichslognamente von Japan, über die Verlängerung
des Stahlwerksverbands und über die Änderungen der all-
gemeinen Lieferungsbedingungen des Reichsanwalts für
Braunstein.

Unsere Eisenbahnwerkstätten.

In dem kürzlich unter dieser Überschrift veröffentlichten Auf-
satz wird uns von der hiesigen Ortsgruppe des Deutschen
Eisenbahnerverbandes „Leidenschaft“ geschrieben:

Die Eisenbahnwerkstätten sind Reparaturwerkstätten für Lok-
omotiven und Wagen. Hauptsächlich, wie weitgehend Lokomotiven
und Wagen durch den Krieg heruntergewirtschaftet wurden, setzen in
welch traurigem Zustand das rollende Material, besonders Lokomotiven,
verfiel, durch die Entfernung ihrer besten Teile, wie
Haupttriebwerke und Waggons, kann man bestenfalls
schätzen, daß in einer solchen Werkstatt wenig ist. Durch
die allernachsteingehenden eintreffenden ungeheuren Reparatur-
arbeiten, so daß die Hauptwerkstätten dauernd überfüllt sind und dadurch die
betreffenden Werkstätten gezwungen sind, mit ihrem sehr mangel-
haften Einrichtungen zur Selbsthilfe zu greifen. Durch die sehr
schlechten betrieblichen Einrichtungen und die häufigen sonstigen
laufenden Reparaturen, die hauptsächlich dadurch entstehen, indem
heute noch zum großen Teile mit Ersatzstoffen gearbeitet werden muß,
treten naturgemäß Verzögerungen bei den nächsten Arbeiten ein.
Zu jener der Arbeiter führt infolgedessen eine Verzögerung, als durch den
Mangel an Ersatzteilen ein Ausfall geschaffen werden muß, denn bekannt-
lich war es gerade an der Eisenbahn, wo der Arbeiter nur durch
Überstundenverdienst sein Leben fristen konnte, denn 12, sogar 20
Stunden Arbeit an einem Tag waren seine Zeitrente. Der aus der
Werkstatt zu entlassene Arbeiter hat schon sehr zum Wohl der Eisen-
bahn und somit auch der Allgemeinheit gearbeitet und würde es noch
mehr getan haben, wenn nicht immer von anderer Seite aus
Schwierigkeiten gemacht würden. Die kaiserliche kaiserliche
Leistung ist durch diese Arbeitsverhältnisse bis heute nicht im geringsten
beeinträchtigt, aber sehr wohl ein Beweis dafür, daß die Eisen-
bahnführung, die Zukunft wird dieses zeigen. Die Eisen-
bahnführung ist leichter, als dieselben wieder von nicht ausbauen.
Der Arbeitsdruck an Rohen wird nicht in allernächster Zeit
etwas eingebessert durch diese Ausschüsse beleuchtet werden können.

Es wird diese Ausschüsse als Verdrängung für den
von uns getriebenen Kampf in Frage kommen können, gelten
für wohl in der Zukunft für der hiesigen Bezirk. Der einer
Leistung der Eisenbahn ent. unimane Artikel behandelte jedoch
die Eisenbahnführung der Eisenbahnwerkstätten im Reich
sowie die Reichsden, die zur Erhaltung ihrer Leistungsfähig-
keit versucht werden und nicht immer den gewünschten Erfolg
gezeigt. Wenn die damit im Zusammenhang stehende
Fragen im Reichsrat und Reich eine glücklichere Lösung ge-
funden haben oder finden sollten, so wäre das im Interesse
des Wiederaufbaus unseres Eisenbahnwesens nur zu be-
grüßen.

⑧ot(c)ung (olct.)

am den Fagl. Verlag. Friede Wilmers, 18 3.

